

gemeinsame Gespräch gegenseitiger Verständigung. Da diese Religionen sich selbst auch als geoffenbart verstehen, wird eine gemeinsame Klärung der drei monotheistischen Religionen – Judentum, Christentum und Islam –, was sie mit Offenbarung meinen, unumgänglich sein. So könnte das Bedenken des Offenbarungsbegriffs zum Angelpunkt der Bemühungen werden, die Güter, die sich in anderen Religionen finden, anzuerkennen, zu wahren und zu för-

dern, wie das Zweite Vatikanische Konzil mahnte. Am Rande der Tagung war zu erfahren, daß der Veranstalter für 1981 im ökumenischen Institut Bossey bei Genf ein Kolloquium über das Thema „Offenbarung als Heilserfahrung“ plant, zu dem Vertreter des Hinduismus, Buddhismus und Christentums aus Indien, Sri Lanka, Japan, Deutschland und den USA eingeladen werden sollen.

Gerbert Brunner

Den Frieden entwickeln

Zu einer Tagung in Tutzing

Über „Frieden“ und „Abrüstung“ wird in der evangelischen Kirche der Bundesrepublik seit jeher häufiger und intensiver gesprochen als im katholischen Bereich. Dieses Gespräch verläuft aber auch in sehr vielfältigen Formen und wird nicht nur von Synoden, Kammern, ökumenischen Gremien und Kirchenleitungen getragen. Es findet ebenso stark unter Gruppen evangelischer Christen statt, die sich in der Friedens- und Abrüstungsfrage besonders engagieren. Dieses Engagement ist besonders wertvoll, weil es zur Prüfung der Gewissen anhält. Daß solche Gruppen eine durchaus unterschiedliche und nicht immer befriedigende Sachkompetenz mitbringen, muß dabei in Kauf genommen werden.

Forum von und für Gruppen

Von dieser Situation war auch eine Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing an Allerheiligen (31. 10. – 2. 11.) gekennzeichnet, die sich das Thema gestellt hatte „Den Frieden entwickeln – kirchliche Verantwortung angesichts des Wettrüstens“. Die Tagung versuchte vor allem, die Problematik des Wettrüstens auf dem Hintergrund der gegenwärtigen politischen Spannungen zu erörtern. Besonders hervorgehoben wurde die Rolle Europas und hier wiederum die Frage nach der Verantwortung der Kirche und des einzelnen Christen. Wie schwierig eine Annäherung gerade an diesem Punkt ist, zeigte sich darin, daß die Diskussion weniger durch referierte Thesen als vielmehr durch die Anwesenheit einer ganzen Reihe von Vertretern verschiedener Friedensinitiativen unterschiedlicher Provenienz sehr disparat war.

So wurde z. B. die „Ökumenische Studienarbeit“ vorgestellt, die seit 1948 eine beachtliche Reihe von internationalen Jugendkonferenzen und -treffen organisiert hat. Zu den namhaften in Tutzing vertretenen Organisationen gehörte auch der bereits 1914 gegründete „Internationale Versöhnungsbund“, dessen Ziel es ist, überall dort, wo Spannungen herrschen, „das Wort von der Versöhnung Gottes mit den Menschen zur Grundlage des zwischenmenschlichen Verhaltens zu machen“. Bekannte Mitglieder sind bzw. waren u. a. Martin L. King, Pfarrer Lutulli,

Pastor Niemöller, Helmut Gollwitzer, Theodor Ebert. (Vom Versöhnungsbund ging bekanntlich nach dem Zweiten Weltkrieg die Initiative zur Aufnahme des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung in das deutsche Grundgesetz aus.)

Auch die von der (katholischen) „Pax Christi“ entwickelten Gedanken zur Friedenserziehung wurden vorgestellt: Frieden und Gewaltfreiheit im Umgang miteinander vorleben und praktizieren, Kinder und Jugendliche zum Frieden erziehen und Mitverantwortung für den Frieden wahrnehmen bzw. aktiv für die Beseitigung von Unrecht und Unfreiheit eintreten. Schließlich stellten sich noch eine Fülle von kleinen Gruppen vor, die eher auf lokaler Ebene in Arbeitskreisen zusammengefunden haben und die Öffentlichkeit meist über die Organisation von „Friedenswochen“ zu erreichen suchen: so der „Landeskongress bayerischer evangelischer Theologiestudenten“, die „Evangelische Studentengemeinde München“, ein „Arbeitskreis Ökologie und Frieden“ der Grünen, eine Gruppe „Erziehung zur Friedenserziehung“ und die „Friedensinitiative Rothenburg o. T.“.

Daß gezielte Initiativen in Fragen der Abrüstung als Weg der Friedenssicherung das Gebot der Stunde sind, darüber waren sich die Teilnehmer der Tutzinger Tagung trotz beträchtlicher Unterschiede der politischen Orientierung einig. Ein heftiger Disput entspann sich erwartungsgemäß bald über das „Wie“. Die Extrempositionen wurden von Vertretern zweier Gruppierungen vertreten, deren Argumente auch stellvertretend für eine seit Sommer dieses Jahres innerhalb der Evangelischen Kirche anwachsende neue Diskussion gesehen werden können: „Ohne Rüstung leben“ und „Sicherung des Friedens“. Die Aktion „Ohne Rüstung leben“ wurde als Arbeitskreis von „Pro Ökumene“ 1978 gegründet und zählt mittlerweile über 15 000 Mitglieder. Angelpunkt für die Mitgliedschaft ist eine Bereitschaftserklärung, ohne Schutz militärischer Rüstung leben zu wollen und im Staat dafür einzutreten, daß Frieden ohne Waffen politisch entwickelt wird. In einem offenen Brief an den Vorsitzenden des Rates der EKD vom Mai 1980 wandte sich die Aktion an die Bischöfe, Kirchenzeitungen und Synoden mit der Bitte, „öffentlich zu

erklären, daß sie den Krieg verwerfen und daß die Verurteilung des Krieges eine Einstellung aller Rüstungsmaßnahmen und die Verweigerung des Kriegsdienstes zur Folge haben müsse“ (Informationen 12 von „Ohne Rüstung leben“, Juni 1980, S. 2). Diese in ihrem moralischen Potential so konsequente Haltung wirkt, gekoppelt mit öffentlichem Engagement, als permanenter Denkanstoß. Als ein deutliches Korrektiv zu dieser Gruppe versteht sich die im Juli 1980 gegründete Initiative „Sicherung des Friedens“, die davon ausgeht, daß die Parole „Ohne Rüstung leben“ den Rüstungswettlauf eher beschleunigt als eindämmt. „Die Notwendigkeit zum Nachrüsten kann somit Folge von Versäumnissen sein. Dies ist dann der Fall, wenn das Gleichgewicht der Kräfte bis zur Möglichkeit eines risikolosen Mißbrauchs militärischer Macht gestört ist“ (Erklärung „Sicherung des Friedens“, Juli 1980, S. 2).

Abschreckung durch weniger kostspielige Potentiale

Eher am Rande, zwischen einem postulierten Zustand der „Rüstungslosigkeit“ und dem eines militärischen Gleichgewichts, wurde noch ein dritter Weg sichtbar, indem man dafür plädierte, neue durchaus nicht gewaltfreie Waffen außerhalb des nuklearen Spektrums zu entwickeln und diese als ein Potential lokaler technologischer Schwerpunkte mit *Maßnahmen sozialer Verteidigung* zu koppeln. Die Forschung über Formen sozialer Verteidigung begann nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Gedanken der Übertragbarkeit Ghandischer Kampftechniken auf akute zwischenstaatliche Konfliktsituationen zu experimentieren. Soziale Verteidigung versteht sich in deren Gefolge als Verteidigung durch die eigene Lebensform.

Darüber hinaus wurden auch gezielte Vorschläge zu Abrüstung bzw. kooperativer Rüstungssteuerung eingebracht, die *Wolf Graf Baudissin* im Juni dieses Jahres anlässlich der Konferenz Europäischer Kirchen in Madrid entwickelt hatte. Baudissin hatte dort zwar vor einer Forderung nach weltweiter Abschaffung aller Militärpotentiale als kurz- oder mittelfristiges Ziel gewarnt, sich aber für eine radikale Änderung der Rüstungspolitik ausgesprochen. Die Rüstungssteuerung solle „auf internationaler Basis die nationalstaatliche Rüstungsdynamik einfangen und umkehren“, und durch „Optimierung strategischer Stabilität solle glaubwürdige gegenseitige Abschreckung mit weniger bedrohlichen und weniger kostspieligen Potentialen aufrechterhalten werden“ (epd-Dokumentation 32/80, S. 7).

Wie dringend ein solcher Weg wäre, machte die wenn auch nur sehr pauschale Vergegenwärtigung der gegenwärtigen Rüstungslage deutlich: Seit dem Zweiten Weltkrieg hat die Rüstungsforschung enorme Fortschritte erzielt. In den nächsten dreißig Jahren können wir weitere technologische Umwälzungen erwarten: bei der Kriegsführung im Weltraum, der Automatisierung des Schlachtfeldes, der U-Boot-Abwehr, beim militärischen Einsatz von Hochenergie-Lasern und in vielen anderen Bereichen.

Und die Perspektiven für eine spürbare Abrüstung sind, angesichts des amerikanischen Wahlausgangs, der Schwierigkeiten bei der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid und der SALT II Probleme schlechter denn je. „Zum erstenmal seit Jahrzehnten“, so wurde Carl Friedrich von Weizsäcker zitiert, „besteht in den achtziger Jahren die Gefahr eines großen europäischen Krieges“ (*Carl Friedrich von Weizsäcker*, Gesprächsbeitrag zum Madrider KEK-Treffen, epd Dokumentation 32/80, S. 13). Entgegen allen Bekenntnissen zu Frieden und Abrüstung erhöhen die Regierungen jährlich die Zahl ihrer Waffen. Im Jahre 1978 z.B. wurden in der Welt annähernd 400 Milliarden Dollar für Rüstungszwecke ausgegeben. Dieser Betrag entspricht nach Angaben des Internationalen Instituts für Friedensforschung in Stockholm in etwa dem gemeinsamen Brutto-Sozialprodukt der 65 lateinamerikanischen und afrikanischen Staaten.

Als besonders bedenklich bezeichnete *Leopoldo Nilus*, der Direktor der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten beim ÖRK in Genf und erster Referent der Tagung, den Nachrüstungsbeschuß der USA vom Dezember 1979 und die geplante Stationierung von über 500 Raketen auf europäischem Boden, wodurch eine doppelte Gefahr beschworen werde: zum einen führe die technologische Entwicklung und die damit verbundene Flexibilität und Treffgenauigkeit zu einer neuen Generation von Waffen und demzufolge zu neuen Strategien. Andererseits seien die russischen Mittelstreckenraketen eurostrategische Waffen und hätten in bezug zur USA ausschließlich taktische Funktion. Für den europäischen Raum bedeutet dies aber, daß er als potentieller Schauplatz höchst gefährdet ist. Von den Waffen, die während der achtziger Jahre noch in die Arsenale kommen, würden bestimmte Typen für eine Umwälzung sorgen, die so beschaffen sei, daß mit ihnen ein Atomkrieg unterhalb der Schwelle totaler Vernichtung geführt werden kann.

Was können die Christen und die Kirchen tun?

Wie können die Kirchen und der einzelne Christ in dieser Lage handeln? Der Theologe Prof. *Joachim Track* (Neuendettelsau) ging in Tutzing von der Zielvorstellung aus, daß Frieden eine Gabe Gottes und Wille für seine Schöpfung sei. Er sprach über die Spannung, welche dadurch entstehe, daß das Reich Gottes „noch nicht“ da sei und Liebe folglich nicht mit „Nachgeben“ gleichgesetzt werden dürfe, sondern auch Kategorien wie „Ordnung, Recht, Staat und Macht“ beinhalte. Vorausgesetzt sei dabei, daß zwei Maßstäbe immer im Blick bleiben: die Qualität des Staates und die ständig anzustrebende Versöhnung. Auch Track hielt die These „Ohne Rüstung leben“ eher für eine Einladung zum Angriff, die zudem aus Gründen psychischer Überforderung zu Überreaktionen führen könne. Er plädiert aber für eine *Unterbrechung des Rüstungsregelkreises* aus dem Evangelium heraus. Gerade den Christen falle hierbei eine doppelte und wichtige Rolle zu, die sie, bestärkt durch die „Phantasie des Glaubens“

als „Einüber“ in der Gesellschaft übernehmen könnten. Durch den gelebten Glauben, und da der Glaube an uns selbst auch den anderen akzeptieren lasse, könnten Christen hier „Menschen des Anfangs“ werden. Vor allem aber sei es Aufgabe der Christen, in den eigenen Gemeinschaften Frieden zu entwickeln, indem sie die Einübung in den langwierigen Prozeß des gemeinsamen Umgangs in Liebe und Verantwortung praktizieren. Auf dem Weg über den eigenen Lebenskreis und über die Gesellschaft sollte es möglich werden, die Versöhnung als Kategorie politischen Handelns denkbar zu machen.

Nach Baudissin, auf dessen Ausführungen in Madrid auch bei der Diskussion über die Aufgaben der Kirchen und der Christen angesichts der Friedensbedrohung und des Wettrüstens zurückgegriffen wurde, bringen die Kirchen entscheidende Voraussetzungen mit, um auf breiter Ebene Vorurteile, Ideologien, Ängste abzubauen zu können und auf dem Weg über die Information der Bürger Entspannungs- und Kooperationsbereitschaft zu entwickeln:

- „sie verfügen über ein weites Netz interner, nationaler wie internationaler Verbindungen, um sich selbst zu informieren und sich ein einigermaßen zutreffendes Bild zu verschaffen;
- sie haben einen breiten Kreis von offiziellen wie inoffiziellen Kontakten, um das Gehörte zu überprüfen und begründete Schlußfolgerungen an die Entscheidungsträger bzw. die Öffentlichkeit heranzutragen;

- sie sind in den meisten Fällen nur bedingt Partei im verengenden Sinne und daher auch glaubwürdiger als manche andere Autoritäten, insbesondere wenn sie der Versuchung widerstehen, allzu detaillierte Expertisen zu verfassen;
- sie können gerade in Krisen bei Versagen der diplomatischen Kanäle einen Minimaldialog in Gang halten und ihre guten Dienste für inoffiziellen Kontakt anbieten;
- die Kirchen können von ihrem Menschenbilde her besser als andere Organisationen Klischees erschüttern, Feindbilder in Frage stellen und auf die Wirklichkeitsferne ideologischer Konzepte hinweisen bzw. an die Erfordernisse konkreter Situationen erinnern“ (Wolf Graf von Baudissin, a. a. O., S. 12).

Eine „Strategie“ der Abrüstung kann sich also nicht auf Kriterien der Wirksamkeit oder des Erfolges allein beschränken. Sie muß einen ethischen, kulturellen und geistigen Beweggrund haben. Diesen Beweggrund zur Wirkung zu bringen ist gerade auch Aufgabe der Kirchen. Damit ist freilich nicht das Grunddilemma des Atomzeitalters aufgelöst, daß den Menschen zwar jene Art von Intelligenz auszeichnet, die ihn befähigt, hervorragenden Gebrauch von der modernen Technik zu machen, daß er jedoch große Schwierigkeiten hat, zugleich jene sozialen und politischen Institutionen zu schaffen, die er braucht, um die Technik zu beherrschen und vor allem sie zu nur friedlichen Zwecken einzusetzen. *Cordelia Rambacher*

Länderbericht

Ein neues Frankreich im Entstehen

Jahrzehnte des Wandels zeigen Wirkung

Das Urteil über Völker und Staaten stützt sich häufig auf die Erfahrungen und Beobachtungen der Vergangenheit, weil es sich hierbei, wie man glaubt, um solide Erkenntnisse handelt, während die Analyse der Gegenwart zwangsläufig als weit subjektiver erscheint. Nur verbinden sich mit der Vergangenheit nicht selten Vor- oder Fehlurteile, die ebenfalls einen ausgesprochen subjektiven Hintergrund haben und lediglich durch den zeitlichen Abstand scheinbar objektiviert werden. Alle geben zwar ohne weiteres zu, daß die Welt in ihren sämtlichen Bereichen einem ständigen Wandel unterliegt, aber die meisten wollen sich mit diesem Wandel erst befassen, wenn er vollendet ist und sich hiermit in die Vergangenheit einreihet. Eine gewisse Rechtfertigung findet diese Gewohnheit darin, daß die Entwicklungstendenzen in einer Spirale verlaufen und insbesondere im Leben der Völker, selbst nach vorübergehenden revolutionären Explosionen – von wenigen Ausnahmen abgesehen –, die Veränderungen nie radi-

kal einen völlig neuen Zustand schaffen. Das Alte, im allgemeinen in starken Traditionen verwurzelt, bleibt fortbestehen und wird nur vom Neuen überlagert. Um einen banalen Vergleich zu wählen: Das Flugzeug hat das Fahrrad nicht verdrängt, noch das Neonlicht die Kerze. Frankreich hat unverändert den Ruf, sogar noch im Lager der politischen Linken weitgehend konservativ zu sein, schon weil es nicht auf seine Traditionen verzichten will und der überwiegende Teil seiner Einwohner den unmittelbaren Kontakt zum Land, zum Boden aufrechterhält. Es ist nicht belanglos, wenn bis zum heutigen Tage im französischen Geschichtsbild jeder Bruch vermieden wurde und weder die große französische Revolution von 1789 noch General de Gaulle und seine Widerstandsbewegung 1945 die Gesetze des Königreichs und des Vichy-Regimes für hinfällig erklärten. In nicht allzu ferner Zukunft dürfte die überwiegende Mehrheit der Franzosen den am Ende des Zweiten Weltkrieges zum Tode verurteilten